

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,  
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 11.11.2010**

***öffentlich***

---

**Ort:** ARGE SGB II Halle GmbH,  
Neustädter Passage 6  
06122 Halle (Saale)

**Zeit:** 16:30 Uhr bis 19:00 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

### **Anwesend sind:**

Frau Susanne Wildner	Verw	
Herr Dr. Toralf Fischer	Verw	
Herr Roland Hildebrandt	CDU	
Herr Raik Müller	CDU	
Herr Andreas Schachtschneider	CDU	
Herr Dr. Erwin Bartsch	parteilos	
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	
Herr Dr. Mohamed Yousif	parteilos	
Herr Robert Bonan	parteilos	
Frau Hanna Haupt	SPD	
Herr Dietrich Strech	MitBÜRGER für Halle	Vertreter für Frau Sabine Wolff
Herr Manfred Schuster	DIE GRAUEN/Volkssolidarität	
Herr Tobias Kogge	BG	
Frau Susanne Wildner	Gleichstellungsbeauftragte	
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Hans-Günter Schneller	Verw	
Frau Annerose Winter	Verw	
Frau Ute Borchert	SKE	
Herr Manfred Czock	SKE	
Herr Mamad Mohamad	SKE	
Frau Petra Tomczyk-Radji	SKE	
Herr Christian Weinert	SKE	
Frau Annette Wunderlich	SKE	
Herr Norwin Dorn	Seniorenrat	
Frau Dr. Christine Radig	ARGE SGB II Halle GmbH	
Frau Dr. Uta Schwarzer	Verw	
Frau Sylvia Tempel	ARGE SGB II Halle GmbH	
Herr Sven Weise	LIGA	
Frau Sylke Bühler	Verw	
Frau Hoffmann	Verw	
Frau Hellmann	Verw	
Herr Otto	Verw	
Herr Wagner	Verw	
Herr Wendler	Verw	
Frau Kuhn	Verw	
Frau Kirsch	Verw	

### **Entschuldigt fehlen:**

Frau Petra Schneutzer	Verw	
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	Vertreten durch Herrn Dietrich Strech
Herr Norbert Böhnke	Verw	
Frau Dr. Gesine Haerting	SKE	
Frau Brigitte Thieme	SKE	
Herr Dr. Eberhard Wilhelms	Verw	

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 14.10.2010
4. Bericht der Geschäftsführung der ARGE SGB II GmbH

5. Beschlussvorlagen
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
  - 6.1. Antrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Unterlassung von sexistischer Werbung in der Stadt Halle  
Vorlage: V/2010/09271
    - 6.1.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Unterlassung von sexistischer Werbung in der Stadt Halle  
Vorlage: V/2010/09293
7. schriftliche Anfragen von Stadträten
8. Mitteilungen
  - 8.1. Auswertung des Stadtrundganges zum Thema "Barrierefreie Gestaltung im öffentlichen Raum"
  - 8.2. Mitteilung über die Arbeit des Quartiersmanagements in Halle-Neustadt über den Zeitraum Januar bis Oktober 2010 mit anschließender Information zur Verlängerung durch das Stadtplanungsamt  
Vorlage: V/2010/09205
  - 8.3. Information des Stadtseniorenrates zur Arbeit mit den Heimbeiräten in Halleschen Pflegeheimen
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

### **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die Ausschussvorsitzende begrüßt die Ausschussmitglieder und Gäste und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

### **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

Die Ausschussvorsitzende teilt mit, dass aufgrund der Krankheit von Frau Schneutzer heute die Beantwortung der Frage von Frau Krausbeck nach der Umsetzung des Leitbildes der kulturellen Vielfalt nicht erfolgen kann.

Die Ausschussvorsitzende informiert über den vorliegenden Änderungsantrag Der CDU-Fraktion zum Antrag von Frau Wolff zur Unterlassung von sexistischer Werbung. Dieser Änderungsantrag wird unter TOP 6.1.1. auf die Tagesordnung gesetzt.

Mit dieser Änderung wird die Tagesordnung bestätigt.

### **zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 14.10.2010**

Frau Krausbeck bittet um Änderung des vorletzten Absatzes auf Seite 9 zu TOP 7.1. wie folgt:

„Herr Hildebrandt sagt, die Konsolidierung ist ein Konzept, wie die Zukunft aussehen soll.

Frau Dr. Haerting interveniert, das Konsolidierungskonzept sei eine Absichtserklärung der Stadt, wie die Konsolidierung erreicht werden soll. Die Schlechte Haushaltslage der Stadt sei das Ergebnis davon, dass eben nicht ordentlich diskutiert wurde, wie die Zukunft aussehen soll bzw. dass es immer wieder Mehrheiten für unsinnige Großprojekte gegeben hat.“

Herr Schachtschneider sagt, bei der Namensverwechslung im Protokoll vom September ging es um das Rederecht von Herrn Liste, nicht um den Rechenfehler, die Protokolle vom September und Oktober werden diesbezüglich geändert.

Herr Bonan bittet um Änderung in TOP 10, dass er mitgeteilt hat, dass die Teilnahme der Mannschaft beim Torballturnier im Berufsförderungswerk sehr gut angekommen ist.

Mit diesen Änderungen wird die Niederschrift vom 14.10.2010 bestätigt.

#### **zu 4 Bericht der Geschäftsführung der ARGE SGB II GmbH**

Die Ausschussvorsitzende begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Tempel und Frau Dr. Radig und diesmal auch Frau Scheffel, die das Projekt ANA vorstellen wird und erteilt Frau Tempel das Wort.

Frau Tempel freut sich, die Mitglieder und Gäste heute hier im Schulungs- und Sitzungsraum der ARGE begrüßen zu dürfen. Dieser Raum ist für Schulungen und Informationsveranstaltungen voll ausgenutzt. Es finden Veranstaltungen mit Arbeitgebern zur Besetzung von Arbeitsstellen, mit privaten Arbeitsvermittlern und Zeitarbeitsfirmen statt. Die Arbeitsbedingungen im Haus sind positiv, es gibt helle Räume, die Außenstellen sind in der Nähe, so dass es keine großen Wege gibt. Frau Tempel verteilt die Übersicht der Entwicklung am Arbeitsmarkt für den Monat Oktober und gibt Erläuterungen dazu. Zum Modell Bürgerarbeit teilt sie mit, dass hier 5.066 männliche und 4.288 weibliche Arbeitslose in der Aktivierungsphase erfasst sind. Die ersten Maßnahmen zur zusätzlichen Aktivierung der Arbeitslosen haben am 18. Oktober begonnen. Es gibt auch schon erste Erfolge. 455 Personen sind in den 1. Arbeitsmarkt oder die Selbständigkeit gewechselt. Die 4. Phase (eigentliche Bürgerarbeitsverhältnisse) beginnt ab 15. Januar 2011. Dazu findet am 19. November eine Informationsveranstaltung mit allen 60 Trägern statt, die bisher Interesse signalisiert haben.

Frau Scheffel stellt das Projekt für Alleinerziehende (ANA) vor. Im Projekt sind vom 23.11.10 – 31.12.11 650 Teilnehmer vorgesehen. Es gibt eine stetige und ständige Betreuung durch vier Mitarbeiter für je sechs Monate. Der Zugang zum Projekt ist freiwillig. Ziele des Projektes sind z. B. das Erreichen eines Schulabschlusses, Integration in Arbeit/Ausbildung oder die Aufnahme einer Selbständigkeit. Alle drei Wochen wird mit den Teilnehmern ein Gespräch geführt.

Frau Dr. Radig spricht an, dass unsere Bürgerarbeitsplätze nur im Stadtgebiet Halle angesiedelt sein werden. Es werden zwei Übersichten verteilt zu den Eckwerten des Arbeitsmarktes nach Rechtskreisen sowie die Arbeitsstellenvermittlungen nach Branchen. Inwieweit die Beendigung der Arbeitslosigkeit mit einer Arbeitsaufnahme in der Stadt Halle verbunden ist, kann nicht ausgesagt werden, da dies statistisch nicht speziell erfasst wird.

Frau Tempel teilt mit, dass sie Anfang 2012 über das Projekt Jahresringe berichten wird. Frau Tomczyk-Radji fragt nach der Zahl der Teilnehmer beim Projekt ANA und wie hier die Kinderbetreuung aussieht. Außerdem bittet sie um Mitteilung zu vermittlungsresistenten Arbeitslosen.

Frau Tempel sagt, dass eine Erfassung von vermittlungsresistenten Arbeitslosen nicht erfolgt, jedoch bei diesen Personen sanktioniert wird, wenn keine wichtigen Gründe gegen

die Annahme von Angeboten vorliegen. Bei einigen wenigen Arbeitslosen ist dies jedoch wenig wirksam.

Frau Scheffel sagt, dass im derzeit für das Projekt ANA 1.600 Personen gemeldet sind und davon 650 übernommen werden können. Die Kinderbetreuung wird unterstützt.

Frau Tempel ergänzt, dass es auch ein Projekt für Tagesmütter geben wird.

Herr Bonan fragt zur Statistik der Arbeitsstellenvermittlung, wo Pflegeheime erfasst sind.

Frau Tempel sagt, unter der Rubrik Heime.

Frau Krausbeck fragt, welcher Bereich in den Statistiken ausgewertet werde.

Frau Tempel antwortet, dass es hier um den Agenturbezirk Halle geht.

Frau Krausbeck fragt nach dem Ziel der Projekte der verstärkten Aktivierung.

Frau Tempel informiert, dass durch Modellprogramme die Vermittlung auf den 1.

Arbeitsmarkt erreicht werden soll oder die Vermittlung von Bürgerarbeitsplätzen, wenn keine andere Möglichkeit besteht.

Herr Hildebrandt fragt, in welche Branchen durch die Zeitarbeit vermittelt wird.

Frau Tempel antwortet, dass besonders in den Callcenter-Bereich vermittelt wird, viele andere Betriebe nutzen die Möglichkeiten über Zeitarbeitsfirmen ebenfalls.

Die Ausschussvorsitzende bedankt sich bei den Vertreterinnen der ARGE für ihre Ausführungen.

## **zu 5      **Beschlussvorlagen****

Keine

## **zu 6      **Anträge von Fraktionen und Stadträten****

### **zu 6.1    **Antrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Unterlassung von sexistischer Werbung in der Stadt Halle**** **Vorlage: V/2010/09271**

Die Ausschussvorsitzende erläutert, dass in der letzten Sitzung Frau Wolff diesen Antrag angekündigt hat, sie bittet den Ausschuss diesen Antrag zu übernehmen und dem Stadtrat zur Entscheidung vorzulegen.

Zum Antrag hat die CDU-Fraktion einen Änderungsantrag gestellt. Als Vertretung für Frau Wolff ist heute Herr Stech anwesend. Herr Stech teilt mit, dass aufgrund dieses Änderungsantrages der von Frau Wolff gestellte Antrag zurückgezogen wird und erklärt sein Einverständnis, dass der Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss den Antrag der CDU-Fraktion übernimmt.

**Abstimmungsergebnis:    zurückgezogen**

### **zu 6.1.1   **Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Unterlassung von sexistischer Werbung in der Stadt Halle**** **Vorlage: V/2010/09293**

Herr Hildebrandt erläutert seinen Änderungsantrag bittet das Thema breiter aufzuziehen.

Herr Dr. Yousif spricht an, dass der Änderungsantrag nicht ausreicht in seinen Formulierungen, ihm fehle das Verbot fremdenfeindlicher Werbung.

Frau Krausbeck gibt zu bedenken, dass die Formulierungen im Änderungsantrag aus rechtlicher Sicht problematisch seien. Da Frau Wildner schon dargestellt hat, dass es hier rechtlich schwierig sei zu handeln, sei es kaum möglich, das Anliegen an sich durchzusetzen. Es gibt bei der Definition, welche Werbung verboten werden sollte, unterschiedliche Auffassungen. Politisch sei die Sache nicht notwendig. Sie macht den Vorschlag, es bei den freiwilligen Verhaltensregeln des Werberates zu belassen.

Frau Wildner sagt, dass der Werberat erst tätig wird, wenn das Plakat hängt, hier sollte aber gerade dieses von vornherein vermieden werden.

Herr Hildebrandt teilt mit, dass er sich mit seiner Formulierung auf konkrete Vorfälle beziehe. Herr Schachtschneider ist mit der vorliegenden Aussage „Inhalte der Plakate werden nicht überprüft“ nicht zufrieden. Hier sollte der Stadtverwaltung ein Mitspracherecht eingeräumt werden.

Herr Müller sagt, es geht der Stadt als Vertragspartner darum, konkrete Forderungen zu stellen, diese Art Werbung zu unterlassen.

Frau Krausbeck stellt in Frage, was tatsächlich geregelt werden kann. Sie fragt nach den konkreten Fällen, die Herr Hildebrandt angesprochen hat.

Herr Kogge sagt, dass es immer gut sei, sich Verträge genau anzusehen. Wenn durch den Stadtrat die Verwaltung zum Handeln aufgefordert wird, wird dies auch umgesetzt. Es sei nicht egal, nur rechtliche Rahmenbedingungen zu haben. Er bittet darum festzuhalten, was wir nicht in der Stadt haben wollen.

Herr Bonan fragt, ob ausschließlich die Firma Stroer für alle Plakate in Halle zuständig sei. Frau Wildner bejaht diese Frage für überwiegend öffentliche Flächen, jedoch trifft dies nicht für „wilde“ Plakatierung zu.

Herr Kogge teilt mit, dass vertraglich die Fa. Stroer gebunden ist, sie muss die Anträge zur Plakatierung prüfen.

Herr Bonan bezieht sich auf den Überweg in der Schwuchtstraße, dort sei festgelegt, dass in diesem Bereich nicht plakatiert wird, da es häufig Unfälle gab.

Frau Krausbeck fragt nach einem Fall für verfassungsfeindliche Werbung.

Herr Hildebrandt nennt als Beispiel verfassungsfeindliche Symbole, z. B. für eine Theatervorführung im vergangenen Jahr.

Herr Schachtschneider fragt, was dagegen spricht, die Verwaltung zu beauftragen, der verantwortlichen Firma zu sagen, was wir wollen. Er bittet, diesem Anliegen zuzustimmen.

Frau Hanna Haupt ist der Meinung, dass sich alle einig sind, dass es hier um einen symbolischen Charakter des Antrages geht und es unschädlich sei, dem Antrag zuzustimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**

**9 Ja-Stimmen**

**1 Nein-Stimme**

**1 Enthaltung**

**Betreff:**

Antrag der Stadträtin Sabine Wolff (**MitBürger für Halle/Neues Forum**) zur Unterlassung von **geschlechterfeindlicher, jugendgefährdender, gewaltverherrlichender und verfassungsfeindlicher Werbung** in der Stadt Halle.

## **Beschluss:**

Der Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss wird beauftragt, den Antrag für eine abschließende Entscheidung dem Stadtrat vorzulegen.

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, mit der Deutsche Städte-Medien GmbH (DSM) Verhandlungen mit dem Ziel aufzunehmen, dass keine **geschlechterfeindliche, jugendgefährdende, gewaltverherrlichende und verfassungsfeindliche Werbung** in der Stadt Halle erfolgt.

### **zu 7        schriftliche Anfragen von Stadträten**

Keine

### **zu 8        Mitteilungen**

#### **zu 8.1     Auswertung des Stadtrundganges zum Thema "Barrierefreie Gestaltung im öffentlichen Raum"**

Herr Dr. Fischer erläutert, dass der Stadtrundgang im August auf Anregung von Frau Tomczyk-Radji durchgeführt wurde. Die einzelnen Problematiken sind von der Verwaltung geprüft worden.

Ab 2011 wird von der HAVAG, beginnend beim Neubau Straßenbahn Delitzscher Straße, für ein besseres Einsteigen die Bahnsteigkante von derzeit 20 cm, wie auf dem Marktplatz, auf 23 cm angehoben werden. Dadurch soll sich der Höhenrestspalt von jetzt durchschnittlich 5 cm verringern. Für die zentrale Verkaufsstelle der HAVAG am Markt wird ein anderes, barrierefrei zu erreichendes Gebäude gesucht.

Die kritisierte Klingel im Innenhof des Händelhauses wird bei Sanierung auf 85 cm versetzt, zudem wird die Anfahrtmöglichkeit für Rollstuhlfahrer verbessert. Das Händelhaus hat Informationen für Menschen mit Behinderungen auf seiner homepage eingestellt.

Für Menschen mit Hörbehinderungen gibt es aufgrund der Haushaltslage bislang keine Verbesserungen. Entsprechende Geräte (FM-Technik) konnten nicht angeschafft werden. Herr Dr. Fischer empfiehlt eine zentrale Beschaffung mobiler Geräte, die auch im Stadtrat bzw. bei Ausschusssitzungen Verwendung finden können. In diesem Zusammenhang teilt die Ausschussvorsitzende mit, dass sie das Problem der Hörgeräte auch im Hauptausschuss angesprochen hat.

Herr Hildebrandt fragt danach, ob für Sehbehinderte eine Verstärkung der Kontraste für die Treppenstufen am Ratshof möglich wäre. Herr Bielecke informiert, dass die Treppen am Ratshof mehrfach täglich gereinigt werden müssen, hier sei das Aufkleben von Kontrasten nicht lange haltbar. Er spricht die Belange des Denkmalschutzes an. Die Unterschneidung der Treppen muss auch mit dem Denkmalschutz abgestimmt werden. Hier wäre nur mit großem bautechnischem Aufwand eine Veränderung der Stützstufen möglich. Die Markierung der Handläufe wäre zu prüfen.

Herr Bonan informiert, dass das Berufsförderungswerk Halle gute Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit dem Denkmalschutz hat. Hier bietet das Berufsförderungswerk seine Hilfe an und bittet Herrn Bielecke darum, sich diesbezüglich an das Berufsförderungswerk zu wenden.

Die Ausschussvorsitzende bittet Herrn Dr. Fischer um eine weitere Berichterstattung in ca. einem halben Jahr.

In diesem Zusammenhang informiert sie über ihren Antrag zur Barrierefreiheit, der in einer Sitzung des Planungsausschusses gemeinsam mit dem SGGA am 11.1.2011 beraten werden soll. Hier wird noch geprüft, ob die geplante SGGA-Sitzung vom 20.1. auf den 11.1. vorverlegt werden könnte.

**zu 8.2 Mitteilung über die Arbeit des Quartiersmanagements in Halle-Neustadt über den Zeitraum Januar bis Oktober 2010 mit anschließender Information zur Verlängerung durch das Stadtplanungsamt  
Vorlage: V/2010/09205**

Herr Wendler informiert über die Arbeit des Quartiersmanagements. Es ist Bestandteil des Programms „Soziale Stadt“. Eine wesentliche Aufgabe ist die Verbindung zwischen den einzelnen Akteuren und zur Verwaltung der Stadt. Eine Besonderheit in diesem Jahr ist die Obergrenze der Förderung mit 80 %. Deshalb konnten keine neuen Projekte begonnen werden.

Frau Kirsch erläutert den Sachbericht und teilt mit, dass fünf Handlungsschwerpunkte bestehen, die es umzusetzen gilt. Es wurden Gespräche mit den Trägern geführt, die Netzwerkarbeit wurde fortgeführt. Außerhalb der Städtebauförderung müssen ebenso Projekte umgesetzt werden. In der Beförderung des Bürgerschaftlichen Engagements wurde das Projekt „Pustemountains“ umgesetzt.

Frau Tomczyk-Radji bedankt sich für den umfangreichen Bericht. Sie regt an, zum Projekt „Gesunde Stadt“ auch etwas in Halle-Neustadt anzusiedeln. Frau Kirsch informiert, dass dies schon in Vorbereitung sei.

**zu 8.3 Information des Stadtseniorenrates zur Arbeit mit den Heimbeiräten in Halleschen Pflegeheimen**

Die Ausschussvorsitzende bittet Herrn Dorn, über die Arbeit des Stadtseniorenrates zu berichten.

Herr Dorn informiert über die verschiedenen Arbeitsgruppen innerhalb des Seniorenrates und besonders über die Ziele und die Arbeit der Arbeitsgruppe Gesundheit im Alter. Die Mitarbeit der Heimbeiräte in den Heimen gestaltet sich aufgrund des Gesundheitszustandes sehr schwierig.

Hier wird engagierte Arbeit geleistet, die von den Heimen auch gut akzeptiert wird. Neue Heimbewohner werden in entsprechender Form begrüßt und Hilfestellungen gegeben. Die Menschen gehen heute später in Heime als früher und mit größeren gesundheitlichen Problemen. Herr Dorn hofft, den Integrationsprozess in den Heimen weiterhin begleiten zu können.

Frau Riethmüller ergänzt, dass es in Halle zurzeit 43 Pflegeheime gibt. Es ist eine sehr umfangreiche Arbeit, diese Heimbeiräte zu besuchen. Sie dankt dem Seniorenrat für die geleistete Arbeit.

Herr Kogge betont die extrem intensive und zeitlich aufwendige Arbeit und dankt dem Seniorenrat. Die Stadt ist auf die Einbringung dieses Rates angewiesen.

Frau Riethmüller informiert über Veranstaltung „Aktiv im Alter“ am 1. Dezember.



Herr Dorn lädt Herrn Kogge zur Vollversammlung des Vereins im November ein. Herr Kogge bedankt sich und nimmt die Einladung gern an.

Der Bericht der Arbeitsgruppe Gesundheit im Alter wird dem Protokoll als Anlage beigelegt.

## **zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen**

Frau Tomczyk-Radji fragt nach der Höhe der Fahrkartenautomaten für Behinderte. Wurde Herr Rheinländer mit einbezogen in die Auswertung des Stadtrundgangs? Herr Rheinländer hat den Sachverstand des Ausschusses angezweifelt. Er sollte erfahren, dass Auswertungen stattgefunden haben.

Herr Dr. Fischer sagt, dass es bei den Automaten in absehbarer Zeit keine Veränderung geben wird. Herr Otto vom der Verkehrsplanung sagt, dass hierzu ein großer Aufwand erforderlich sei. Die Automaten sind standardgerecht, wie im gesamten Mitteldeutschen Verkehrsverbund (MDV) vorhanden.

Frau Tomczyk-Radji sagt, dass Rollstuhlfahrer sich keine Fahrkarte kaufen können. Herr Otto und Herr Dr. Fischer informieren, dass Rollstuhlfahrer meist freie Fahrt für den ÖPNV am Wohnort haben und keine Fahrkarte brauchen. Hier ist jedoch zu sehen, dass Kinder nicht an die Automaten heranreichen. Herr Dr. Fischer sagt, dass Belange verschiedener Personengruppen, bspw. auch Sehbehinderter, bei den Standardautomaten nicht berücksichtigt wurden.

Herr Dr. Fischer wird Herrn Rheinländer vom Allgemeinen Behindertenverband über die Ergebnisse des Stadtrundganges informieren.

Herr Müller fragt, ob die Möglichkeit besteht, dass vor den Automaten eine Stufe angebracht werden kann. Herr Dr. Fischer nimmt diese Anregung mit.

Herr Dr. Bartsch hat Fragen zum Quartiersmanagement, die er noch in schriftlicher Form vorlegen wird, da die Mitarbeiter nicht mehr anwesend sind.

Frau Krausbeck fragt nach dem Armutsbericht, hier sollte noch ein Bericht zur Migrantenarmut vorgelegt werden.  
Herr Kogge antwortet, dass dies nicht vorgesehen war als gesonderten Bericht.

Die Ausschussvorsitzende hat folgende Fragen an die Verwaltung:

Der Nachtragshaushalt für das Jahr 2010 wurde in der Stadtratssitzung am 27.10.2010 beschlossen. Daraus ergeben sich folgende Fragen:

1. Bis wann erhalten die Vereine und Verbände die im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss beschlossenen Fördermittel zugewiesen?  
Erhalten alle Vereine die vom Ausschuss beschlossene Höhe der Zuweisungen?
2. Nach derzeit geltender Förderrichtlinie haben die Vereine und Verbände ihre Anträge für Fördermittel für das Jahr 2011 gestellt.  
Wie geht die Verwaltung mit diesen Anträgen im Jahr 2011 um?  
(Hintergrund ist das Schreiben des Landesverwaltungsamtes vom 27.10.2010, welches den Fraktionen übergeben wurde. Zitat „...Daher sollte die Stadt Halle (Saale) in Erwägung ziehen, Leistungsempfänger ohne gesetzlichen oder unkündbar vertraglichen Anspruch bereits jetzt auf einen dauerhaften oder längeren Zeitraum der vorläufigen Haushaltsführung aufmerksam zu machen und anzukündigen, dass

ab Januar 2011 keine Leistungen mehr erfolgen und auch mit einer späteren Nachzahlung nicht gerechnet werden kann...“)

3. Wie ist die Verfahrensweise zur Vergabe der finanziellen Mittel für die Pflichtaufgaben im sozialen Bereich vorgesehen, wie wird der Ausschuss beteiligt?
4. Für den Bereich OB wurde durch den o. g. Beschluss eine Reduzierung der Fördermittel beschlossen.  
Wie geht die Verwaltung mit dieser Kürzung um?  
Welche Vereine bekommen Zuwendungen in welcher Höhe?  
(Ich rege an, dass dem Ausschuss hier eine Übersicht übergeben wird?!)

Frau Wildner antwortet zur ersten Frage, dass die beschlossenen Fördermittel im Bereich Gleichstellung nicht umgesetzt werden können, weil der Haushalt in der entsprechenden Position noch nicht generell freigegeben wurde. Die Fördermittel werden einzeln auf Antrag im verwaltungsinternen Ablauf freigegeben, dann erfolgt eine Auszahlung. Es werden weiterhin Abschlüsse beantragt. Projektfördermittel werden insgesamt beantragt. Die Freigabe muss abgewartet werden. Grundlage ist die Summe aus der Fördermittelvorlage. Frau Wildner stellt den Ausschussmitgliedern eine Tabelle mit der Auflistung der Fördermittel zur Verfügung.

Herr Kogge sagt, soweit die Summen im Nachtragshaushalt nicht verändert wurden, sind die Mittel zur Freigabe herausgegangen. Zum Protokoll wird eine Anlage beigefügt. Er verweist auf die vorläufige Haushaltsführung.

Herr Schachtschneider fragt, ob die Liste auch die Pflichtleistungen beinhaltet. Herr Kogge bejaht die Frage.

Zur 2. Frage spricht die Ausschussvorsitzende einen Artikel auf halleforum.de zur Volkssolidarität an.

Herr Schachtschneider sagt, dass diese Summe beschlossen wurde. Er fordert die Beteiligung des Ausschusses auch bei den Pflichtleistungen. Er fragt, ob es für freiwillige und Pflichtleistungen nur ein Antragsformular gäbe. Es sollten im Ausschuss die Ziele für die nächsten Jahre besprochen werden.

Herr Kogge stimmt zu, dass der Ausschuss mit dem Thema befassen sollte. Die Haushaltsführung ist schwierig. Das Landesverwaltungsamt möchte sicherstellen, dass mit den vorhandenen Ressourcen entsprechend vorsichtig umgegangen wird. Das Schreiben des Landesverwaltungsamtes weist darauf hin, dass die Verwaltung haftungsrechtlich gebunden wird und eine besondere Verantwortung hat. Freiwillige Leistungen sollten ausgesetzt werden, es sollten keine Nachzahlungen vorgenommen werden. Die Vereine und Träger werden schriftlich zur Sachlage informiert. Die Stadt steht vor einer schwierigen Situation. Es wird genau und intensiv geprüft werden müssen. Die Rechtslage wird sich nicht verändern und es wird zu Einschnitten kommen.

Herr Schneller informiert, dass nahezu mit allen Vereinen im Pflichtbereich Gespräche geführt wurden.

Herr Müller fordert die Beteiligung des Ausschusses für den Pflichtbereich, hier sollten die Kriterien eingehalten werden.

Herr Kogge sagt, dass im vorigen Jahr erstmals diese Kriterien aufgestellt wurden. Ziel kann nur sein, was wir strategisch erreichen können.

## **zu 10     Anregungen**

Frau Hanna Haupt regt an, nicht über Zeitungsartikel zu diskutieren.

Herr Müller regt an, Veränderungen im Projekt Soziale Stadt im Ausschuss zu besprechen. Bestimmte Projekt müssen auch in verschiedenen Ausschüssen besprochen werden. Herr Kogge stimmt zu, dass Projekte in den entsprechend zuständigen Ausschüssen behandelt werden müssen.

Herrn Czock ist aufgefallen, dass Mitarbeiter der Stadt bei schlechtem Wetter nicht mit entsprechender Kleidung ausgestattet sind. Er spricht den hohen Krankenstand der Stadtverwaltung an. Es scheint so zu sein, dass nur gehandelt wird, wenn sie Mitarbeiter über die Arbeitssituation beschweren. Er regt an, dass die Stadt (Dezernat I) eine Belastungs- und Gefährdungsanalyse erarbeitet und vorstellt.

Für die Richtigkeit:

Datum: 25.11.10

---

Martina Kerner  
Protokollführerin

---

Ute Haupt  
Ausschussvorsitzende